Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/897
07.05.2025

Wissenschaftsausschuss

39. Sitzung (öffentlich)

7. Mai 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Hartmut Beucker (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Bundestagsinitiative unterstützen, eigene Impulse setzen: NRW kann Wissenschaftskommunikation auf Landesebene mitgestalten **3**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/12018

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

* * *

Bundestagsinitiative unterstützen, eigene Impulse setzen: NRW kann Wissenschaftskommunikation auf Landesebene mitgestalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/12018

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen; als Mitglieder des Ausschusses, als Zuhörerinnen und Zuhörer, als Vertreterinnen und Vertreter der Medien und natürlich auch Sie, sehr verehrte Sachverständige, die Sie hier heute quasi die Hauptpersonen sind.

Diese Sitzung wird per Livestream im Internet übertragen. Die teilnehmenden Sachverständigen haben sich mit dem Livestream einverstanden erklärt. Die Sitzung muss spätestens um 15:30 Uhr beendet sein, da die nächste Sitzung bereits ansteht.

Ich weise darauf hin, dass ich in diesem Ausschus sowohl Vorsitzender als auch Sprecher der AfD-Fraktion in Personalunion bin. Ich kann das gut auseinanderhalten.

Ich danke den Sachverständigen für Ihre vorab eingereichten Beiträge. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten für uns eine enorme Arbeitserleichterung, weil wir uns bereits auf diese Befragung einstimmen können.

Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, sind Eingangsstatements nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit ihren Fragen an Sie wenden, und Ihre schriftlichen Stellungnahmen sind – davon können Sie ausgehen – sorgfältig durchgearbeitet worden.

Ich werde zunächst einige Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sammeln und bitte die Sachverständigen, diese zu beantworten. Ich schlage vor, dass wir zunächst maximal drei Fragen pro Fraktion sammeln und danach weitere Fragen in weiteren Runden stellen, damit wir die Fragerunden nicht überfrachten. Damit im Anschluss alle Sachverständigen Ihre Interessen bei der Beantwortung der Fragen angemessen vertreten können, werden Sie gebeten, nur die konkret an Sie gestellten Fragen zu beantworten. Die schriftlichen Stellungnahmen müssen nicht noch mal referiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte benennen Sie eingangs Ihre Fragen und den Adressaten. Es kann natürlich auch sein, dass sich Ihre Fragen an mehrere Sachverständige richten. Das ist Ihnen völlig unbenommen. Wir beginnen mit der ersten Fragerunde.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrte Sachverständige, herzlich willkommen hier in der Runde. Ich freue mich, dass Sie uns persönlich hier zur Verfügung stehen, um Fragen zu dem hier uns vorliegenden Antrag zu erörtern und zu beantworten. Schön, dass Sie hier sind und uns kompetent zur Seite stehen.

Unsere Fragen zu diesem Antrag in der ersten Runde beziehen sich auf alle Sachverständigen, die dazu etwas sagen möchten. Sie müssen sich nicht genötigt fühlen, etwas zu sagen, sondern können sich auch einer Meinung eines Kollegen anschließen.

Erste Frage: Wie können wir ein landesweites Kompetenznetzwerk für Wissenschaftskommunikation – wie es der Antrag fordert – gestalten, das zentral koordiniert wird, um für dieses Thema eine Struktur im Ministerium zu schaffen, aber gleichzeitig die Strukturen, die an den Hochschulen, den Universitäten schon vorhanden sind, effektiv zusammenbringen, dass es dann am Ende des Tages auch funktioniert?

Ich habe Ihren Stellungnahmen entnommen, dass es schon Strukturen gibt, dass dieses Thema erkannt worden ist und es auch schon Berücksichtigung findet. Gleichzeitig fordern wir noch eine andere Netzwerkstruktur und vor allen Dingen auch eine koordinierende Stelle innerhalb des Ministeriums.

Zweite Frage ist in diesem Zusammenhang: Wie können wir noch zusätzlich an den Hochschulen und Universitäten Anreiz und Anerkennungsmechanismen entwickeln, die Wissenschaftskommunikation mehr noch systematisch in die akademischen Karrieren implementieren und mit aufnehmen, weil das – so habe ich es zumindest verstanden – sehr unterschiedlich gehandhabt bzw. erkannt wird? Wie kann man das aus Ihrer Sicht noch besser in die wissenschaftlichen Karrieren, in die Berufungsverfahren oder in welche Leistungsindikatoren aufnehmen?

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Liebe Sachverständige, im Namen meiner Fraktion ganz herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen. Das hilft uns tatsächlich sehr bei der Bewertung des Antrags und der Weiterarbeit an unseren Themen.

Ich habe zwei Fragen.

Die erste Frage möchte ich an die Herren Wessels, Archut, Begenat und Frau Dr. Voigt stellen. Es ist unstreitig – das machen wir in den Stellungnahmen auch deutlich –, dass wir einen enormen Bedeutungsgewinn von Wissenschaftskommunikation in den letzten Jahren erlebt haben. Das ist durchaus auch verankert in Bewertungen der DFG und der Exzellenzinitiative. Das Thema ist schon angekommen.

Anschließend an das, was Herr Tigges gefragt hat, muss man aber auch feststellen, dass die Bemühungen, die man da hineinsteckt als Forschende oder als Forschender, nicht unbedingt karrieredefinierend sind. Karrieredefinierend sind vor allem vielleicht ein bisschen der Ruf, den man in der Lehre hat, aber noch viel mehr die Drittmittelakquise und die Forschungsstärke.

Gerade unter dem Stichwort „Anerkennungskultur“ möchte ich von Ihnen wissen, ob die Aufnahme von Wissenschaftskommunikation ins Hochschulgesetz ganz konkret den Universitäten und Hochschulen hier eine Chance für mehr Gestaltungsspielraum und für mehr Möglichkeiten der Anerkennung bieten würde?

Die zweite Frage in der ersten Runde geht an Herrn Wormer und Herrn Ruf vom Rhine Ruhr Center for Science Communication Research (RRC). Wir haben in vereinzelten Stellungnahmen gelesen, dass die Einrichtung einer neuen Professur oder eines Masterstudiengangs auch zu Dopplungen führen kann. Die Stellungnahme der Rektoren

der Universitäten weist aber darauf hin, dass die Entwicklung von effektiver Methodenkompetenz gerade im Bereich „Data & Media Literacy“ insbesondere in der Lehrkräfteausbildung ein fehlendes Puzzlestück darstellt. Vielleicht könnten Sie bitte einmal beschreiben, inwiefern sich gerade Ihr Konzept anschickt, diese Lücke zu schließen?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Vielen Dank auch von meiner Seite, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, um mit uns hier über das wichtige Thema Wissenschaftskommunikation zu sprechen.

Meine erste Frage richtet sich an alle Sachverständigen, weil sie es übergreifend erwähnt haben. Wie schaffen wir es, dass innerhalb der Wissenschaft die Bedeutung von Wissenschaftskommunikation stärker erkannt aber auch anerkannt sowie damit in der Folge flächendeckender Bestandteil von Forschungsarbeit wird?

Meine zweite Frage richtet sich an Professor Dr. Wessels und Professor Dr. Archut. Seit der genannte Antrag auf Bundesebene beschlossen wurde, sind ein paar Wochen und eine vorgezogene Bundestagswahl ins Land gegangen. Es wird aber sehr deutlich, dass wir fraktionsübergreifend die Bedeutung von Wissenschaftskommunikation teilen. Wie müsste nun dieser Antrag umgesetzt und entsprechend ergänzt werden, um die neuen Vorhaben auch aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, um Wissenschaftskommunikation dauerhaft zu stärken?

Die dritte Frage richtet sich an Professor Dr. Wessels und Herrn Professor Dr. Archut. Inwiefern sollte Wissenschaftskommunikation in der Aus- und Weiterbildung aller Wissenschaftler*innen bestärkt werden?

Angela Freimuth (FDP): Frau Dr. Voigt, meine Herren Sachverständige! Seitens der FPD-Fraktion herzlichen Dank für Ihre schriftliche Expertise und dafür, dass Sie uns hier für weitere Informationen zur Verfügung stehen. Vielen Dank für Ihr Engagement für die Wissenschaftskommunikation insgesamt. Denn es verbindet Sie alle, dass das, was Sie hier jetzt tun, auch schon ein gewisser Teil der Wissenschaftskommunikation ist. Insofern freue ich mich sehr, dass wir dazu auch die Gelegenheit haben.

Ich habe drei Fragen.

Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Niemann. Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie zur nachhaltigen institutionellen Verankerung von Qualitätsstandards in der Wissenschaftskommunikation an unseren Hochschulen?

Eine zweite Frage richte ich an Herrn Weiss. Wie könnte Ihrer Einschätzung nach ein transparenter und auch – ich sage jetzt mal – gerechter Auswahlprozess für zum Beispiel unternehmerische Projektpartner in der Wissenschaftskommunikation ausgestaltet werden, und welche Erfahrungen haben Sie mit bestehenden Förderprogrammen bislang gesammelt? Das ist vielleicht eine Frage, die ich auch an "To whom it may concern" richten möchte. Wo sehen Sie konkrete Verbesserungsbedarfe in Bezug auf die Zugänglichkeit und Reaktionsgeschwindigkeit?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Für die AfD-Fraktion formuliere ich meine Frage der ersten Runde. Das Thema Angriffe und Konflikte in der Wissenschaftskommunikation nimmt im Antrag einen breiten Raum ein. Da wird der Scicomm-Support im Antrag präsentiert und dessen Stärkung wird gefordert. Wenn man Stärkung und Weiterentwicklung in den Blick nimmt, dann könnte man zunächst einmal da ansetzen, wo man Schwächen in der derzeitigen Situation sieht.

Meine Frage richtet sich an alle, die dazu eine Aussage treffen können. Auf welche Schwachstellen beim Scicomm-Support sind Sie bislang in Ihrer Praxis gestoßen?

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Mit der Beantwortung der Fragen beginnen wir bei Professor Wormer.

Prof. Holger Wormer (Rhine Ruhr Center for Science Communication Research [RRC]): Vielen Dank für die Einladung. Es wurde gerade schon gesagt, das, was wir hier betreiben, ist bereits ein Teil von Wissenschaftskommunikation.

Wenn ich es richtig notiert habe, ist an mich insbesondere die Frage gestellt worden, was das fehlende Puzzlestück angeht, inwieweit wir Neues bringen mit den Vorhaben, die wir im RRC und an der TU Dortmund schon ein gutes Stück geplant haben. Fehlendes Puzzlestück heißt aus meiner Sicht ganz klar, dass wir das Puzzle noch nicht ganz gelöst haben. Meine Frustrationserlebnisse mit Puzzeln waren immer, dass es eigentlich nicht fertig ist, wenn das letzte Puzzlestück fehlt oder verlorengegangen ist.

Das zeigt ganz gut, wir müssen mehrere Teile zusammenbringen – ich finde, das ist das Innovative am Antrag –, die weit über bisherige Kompetenzbildung hinausgehen. Dieses enge Verständnis von Wissenschaftskommunikation, das in den Kommunikationswissenschaften verortet sein soll, geht das, was wir tun müssten oder was der Antrag vorsieht, weit darüber hinaus. Dopplungen sehe ich überhaupt nicht in dem, was wir in unserer Stellungnahme skizziert haben. Multidisziplinarität ist aus unserer Sicht keine Dopplung.

Ich gebe mal ein Beispiel. Kollege Wessels ist Physiker. Ich habe meine Karriere mit einem Chemiestudium begonnen. Da war sehr viel Physik drin. Herr Wessels, trotzdem würde ich das Physikstudium jetzt nicht abschaffen wollen. Da sind wir uns wahrscheinlich einig. Insofern keine Dopplung, nur weil man verschiedene Disziplinen zusammenbringt.

Viel zentraler ist aber von dem, was wir in Dortmund und im RRC mit seinen vier Standorten NRW-übergreifend schon diskutiert haben, dass wir vielleicht weniger die Senderseite als die Empfängerseite bedienen wollen. Bisher hat sich Wissenschaftskommunikation – das sieht man auch an den Schwerpunkten im Antrag – ganz stark daran gerichtet, Forschende stärker zu munitionieren, auszubilden, dass sie Wissenschaftskommunikation betreiben können. Wir haben sehr gut ausgebildete Pressestellen – hier sitzt ein Kollege, der zum Beispiel eine sehr starke Pressestelle in NRW leitet – oder das wir, was in meinem Lehrstuhl passiert, Wissenschaftsjournalisten ausbilden.

Die Urteilsfähigkeit der Empfängerseite aber ist aus unserer Sicht noch völlig unterbelichtet, also Multiplikatoren wie Lehrkräfte, die dann eben Medienkompetenz nicht nur im klassischen Sinne lernen sollen, sondern die auch ein breiteres Wissenschaftsverständnis erlernen müssen. Methodenkompetenz, Datenkompetenz, das, was auch in anderen Initiativen passiert. Ich kann heute nicht mehr Medienkompetenz verstehen. Ich erkläre den Leuten, was eine journalistische Quelle ist. Nein, dazu gehört Datenkompetenz, dazu gehört auch KI-Kompetenz. Und all das ist das, was wir zusammenbringen möchten, also das Urteilsvermögen im Zeitalter digitaler Desinformation zu stärken, insbesondere in der Aus- und Weiterbildung von Lehramtsstudiengängen, aber auch im Wissenschaftsmanagement.

Ein letzter Punkt. Eine aktuelle Studie von vor 14 Tagen weltweit mit ca. über 60.000 Teilnehmern hat gezeigt, dass gerade die berühmte „Cleanseth“ mit am schlechtesten aufgestellt ist im Erkennen von Desinformationen. Dazu kann die klassische Medienkompetenzbildung, wie es sie auch Initiativen der Landesregierung gibt, in Kombination mit Wissenschaftskommunikationsinitiativen einiges beitragen. Denn ich finde das Ergebnis von solchen Studien wirklich dramatisch. Wir reden seit vielen Jahren darüber, aber wir sind wirklich in Sachen Medienkompetenz noch nicht viel weitergekommen.

Dr. Matthias Begenat (Center for Advanced Internet Studies [CAIS]): Ich versuche, wenn das erlaubt ist, Fragen zusammenzuziehen, weil die relativ nah beieinander sind. Ich beginne bei der Frage der CDU-Fraktion. Wie geht das zusammen, zentrale Koordination bei einer Stelle durch ein Referat, vielleicht aufgehangen im Wissenschaftsministerium und die dezentralen Strukturen an Hochschulen und Forschungsorganisationen?

Ich glaube, das ist gar kein Widerspruch, weil die von mir einschränkend erwähnte Innensicht eines Ministeriums natürlich fehlt, aber ich finde die Idee sehr spannend, eine Anlaufstelle einzurichten, eine Ansprechstelle, die Wissenschaftskommunikation einmal wirklich auf die Karte setzt.

Ich ziehe den Vergleich zum BMBF. Da gibt es ein Referat und die Initiative der #FactoryWisskomm, die als Plattform sehr viel Expertise zusammenzieht aus der Forschung, aus der Praxis der Wissenschaftscommunity. Das funktioniert sensationell. Da ist, glaube ich, Anerkennung die Haupttriebfeder derjenigen, die dort mitarbeiten. Dahinter stecken weniger Geld und Ressourcen, aber das ist ein Netzwerk, was ganz stark für die Professionalisierung steht, was ganz stark für Standards, gute Qualität von Wissenschaftskommunikation setzt. Es steht auch stark für Kompetenzaufbau.

Nun will ich diese Struktur nicht doppeln, aber ich glaube in einem so großen Land wie NRW tut eine so zentrale Anlaufstelle eigentlich gut. Das hat erst einmal nichts damit zu tun, dass wir einzelne Hochschulen und außeruniversitäre Forschungsorganisationen hier nicht vergessen. Wir sprechen sehr oft über die Hochschulen, aber ich würde schon andere Institutionen wie zum Beispiel das CAIS, von dem ich komme, aber auch die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft mit einbeziehen als Spezialfall – so nennen ich es mal – für NRW und dort ein Netzwerk auszubilden, um Synergien zu schaffen, um vielleicht Kooperationen anzustoßen, um vielleicht gewisse

Projekte auch zu skalieren. Ich glaube, da ist sehr viel Luft nach oben, und das könnte so eine Ansprechstelle im MKW durchaus forciert werden.

Ich gehe weiter zur Implementierung und Aufnahme von Wissenschaftskommunikation. Da meine ich jetzt auch die gesellschaftliche Dimension jenseits des Wissens- und Technologietransfers. Zur Frage der SPD-Fraktion. Ich glaube, das ist der Grundstein für eine Anerkennungskultur, die dann langsam auch Einzug erhält in die Hochschulen und andere Forschungsorganisationen, Spillover-Effekte und Co.

Damit sind nicht nur Berufungsverfahren gemeint. Wenn Wissenschaftskommunikation im Hochschulgesetz implementiert wäre, dann würde es auf Dauer handlungsleitend für die Organisationen, dann würden sie Strukturen ausbilden, Kompetenzaufbau, etc., und dann würden hoffentlich auch wissenschaftskulturelle Veränderungen einsetzen. Wenn wir mit jungen Wissenschaftler*innen, Forschenden sprechen, dann ist ganz oft die Aussage: Mein Doktorvater, meine Doktormutter hat etwas dagegen, dass ich hier ein halbes Privatvergnügen daraus mache und meine Forschung noch an Zielgruppen in die Gesellschaft bringe.

Das ist das, was ich mit kulturellen Hindernissen meine. Das Stärken, das Raumgeben für Wissenschaftsaktivitäten sollte dort verankert werden, und dann kann es sich auch in den Hochschulen etablieren.

Was mir wichtig ist. Es geht gar nicht oft darum, mehr zu kommunizieren, sondern besser und wirkungsvoller, zum Beispiel gute Evaluationen zu machen und zu schauen: Welche Instrumente wirken denn wirklich? Was bringt hier an der Stelle wirklich etwas?

In Berufungsverfahren – das ist auch eine Empfehlung des Wissenschaftsrats – ist 2002 oder 2001 ein Positionspapier zur Wissenschaftskommunikation veröffentlicht worden. Das ist vielleicht kein Pflichtkriterium, aber es sollte unbedingt anerkannt werden als Teil der akademischen Leistung in einer Karriere und vielleicht als „Bonus“ gewertet werden, ebenso wie das an anderen Stellen auch ist, es mit einer Pflicht auszuweisen bei den Kandidat*innen, die sich beworben haben, und zu sagen, was sie in puncto Wissenschaftskommunikation gemacht haben.

Dann möchte ich gern noch auf die Frage der AfD antworten und zum Scicomm-Support kurz etwas sagen. Ich halte es für enorm wichtig. Wir sprechen gerade davon, dass diejenigen, die sich in den Wind stellen, vielleicht noch gar nicht so viel Anerkennung bekommen, öffentlich über ihre Forschung sprechen, über gesellschaftlich relevante Themen sprechen, empirische Befunde liefern und sich da wirklich positionieren und in Diskursen versachlichen. Wenn wir die an der Stelle allein lassen, dann brauchen wir uns über ganz viele andere Dinge Richtung Anerkennungskultur gar nicht zu unterhalten.

Das muss auf jeden Fall gestärkt werden und der Scicomm-Support hat da aus meiner Sicht wirklich professionelle Strukturen aufgebaut und leistet sehr gute Arbeit. Deswegen würde ich es begrüßen, wenn es eine Stärkung gibt durch die Anerkennung, durch „Wisskomm“ im Hochschulgesetz, durch eine Etablierung der Anerkennungskultur. Dann ist es natürlich klar, dass man die Kolleg*innen, die unter Druck geraten und

angegriffen werden, nicht allein lässt, und im besten Fall wird dann der Scicomm-Support auch finanziell unterstützt.

Dr. Charmaine Voigt (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften): Vielen Dank für die Fragen. Ich kann aus meiner Perspektive alles unterstützen, was bisher gesagt wurde. In der Länderstudie war ein Befund, dass Wissenschaftskommunikation sich oft hinter Wissenstransfer versteckt oder darunter subsumiert wird. Ich denke, dass eine konkrete Sichtbarkeit von Wissenschaftskommunikation im Land NRW sehr wichtig ist.

Ich bin aus meiner Perspektive nicht die Ansprechpartnerin, um Ihnen zu sagen, wie das administrativ dann geschehen soll. Aber ich denke schon, dass ein Referat, so, wie es Matthias Begenat gerade gesagt hat, sehr sinnvoll ist, um als Knotenpunkt die vielen Akteure, die es hier im Land gibt, zu bündeln und durch verschiedene Mechanismen, durch Sichtbarkeit, Verknüpfung, Netzwerkschaffung und bestehende Förderstrukturen Möglichkeiten zu schaffen für tatsächliche Wissenschaftskommunikation und die Kompetenzstärkung, um das gebündelt hier im Land voranzutreiben.

Die Verankerung im Hochschulgesetz ist genauso eine wichtige Signalwirkung. Denn Wissenschaftskommunikation ist keine leichte Angelegenheit. Es gibt schon viele Übersichtsstudien, beispielsweise von Dr. Friederike Hendriks, Lennart Banse und Co. die sagen: Es gibt sehr viele Hürden, auf die ich mich einlassen muss. Das ist nicht nur eine Verunsicherung, ob ich das Richtige mache, ob es überhaupt meine Verantwortung ist. Das heißt, alle politischen Signale, die kommen, sind wegweisend. Dann geht es natürlich auch um Ressourcen. Das ist ein sehr aufwendiges Unterfangen.

Deshalb denke ich, dass eine Erwähnung im Hochschulgesetz sehr wichtig wäre, gerade die dialogische Komponente von Wissenschaftskommunikation. Denn das ist keine Spielart von Wissenschafts-PR. Das ist ein richtig deliberativer Prozess, der durch Pluralität von Köpfen und Institutionen lebt, und deshalb auch ein politisches Signal ausgehen sollte, dies zu tun.

Ich möchte kurz etwas zu den Förderprogrammen sagen. Da war die Frage nach Erfahrungen zu Förderprogrammen. Ich denke, man braucht hier auch eine Vielfalt, dass man reagieren können muss, man nicht mit bürokratischen Prozessen zu lange aufgehalten werden soll und es vielleicht verschiedene gestaffelte Modelle für kurzfristige und langfristige, aber auch für Evaluations- und Entstehungsprozesse geben könnte. Es muss so etwas geben wie vielleicht eine gestaffelte Förderstruktur.

Ein letzter Punkt zum Scicomm-Support: Das ist eine sehr wichtige zentrale Stelle. Wenn ich mich an diese Stelle richte, dann bin ich in einer sehr sensiblen Situation. Das hat sehr viel mit Vertrauen zu tun. Ich denke, wenn wir ein landesweites Kompetenzzentrum haben, wo ich hier vielleicht auch Ansprechpartner*innen habe, die ich schon kenne, ist vielleicht die Hürde geringer, mich daran zu richten, eine Bestärkung, falls diese Situation eintritt, dass ich dann sozusagen nahe Personen im Land habe, die ich ansprechen kann.

Prof. Dr. Andreas Archut (Bundesverband für Hochschulkommunikation, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Sie haben viele Fragen. Das ist gut. Und ich hoffe, ich kann sie alle beantworten. Ich bin mehrfach zu dem Thema Anerkennung, Anerkennungskultur angesprochen worden. Ich glaube, dass das ein zentrales Thema ist.

Ich möchte an etwas anknüpfen, was meine Vorrednerin gesagt hat, nämlich an einen Punkt, der einem immer wieder in Diskussionen auch innerhalb der Wissenschaftskommunikationsszene begegnet ist, der Versuch einiger, sich abzugrenzen, Wissenschaftskommunikation vs. Wissenschafts-PR, wobei Wissenschafts-PR an den Zielen eines Einzelnen oder einer Organisation orientierte Kommunikation ist, während die andere Kommunikation das Eine und das Wahre ist.

Ich glaube, dass solche Abgrenzungen nicht weiterhelfen. Ich würde sogar die steile These wagen zu sagen, dass gelingende Wissenschaftskommunikation im Feuer eines gesunden Eigeninteresses leuchtet. Wenn es für einen guten Zweck ist und weil man das machen soll – das sehen wir bei vielen anderen Themen –, dann passiert da nicht viel.

Vor diesem Hintergrund wäre auch wichtig zu betonen, dass Anerkennungskultur etwas ist, was man nicht verordnen kann, sondern was wachsen muss, wo viele mit einem guten Beispiel vorangehen müssen. Ich denke, eine gute Möglichkeit, das zu tun, wäre es, ein Ziel der Aufgaben von Hochschulen im Hochschulgesetz zu verankern, auch gute Wissenschaftskommunikation zu betreiben. Denn sonst bleibt es einfach Teil der sogenannten Dritten Mission. Es gibt viele Dinge, die wir als Hochschule neben unserem Kerngeschäft von Forschung und Lehre tun sollen. Die fallen dann aber im Tagesgeschäft gern hinten runter, wenn sie nicht auf dem Schirm sind.

Wir sehen das auch gerade, wenn wir versuchen, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ins Gespräch zu kommen, zusammenzuarbeiten im Bereich der Wissenschaftskommunikation, dass es schwierig wird, je früher die Personen, mit denen wir zusammenarbeiten wollen, in ihrer wissenschaftlichen Laufbahn sind, weil sie sich sehr gut überlegen müssen, wie viel Zeit sie hier und da investieren.

Da wird natürlich zunächst mal geschaut, dass die wissenschaftliche Reputation wächst, und die wächst, wenn man gute Forschungen macht und nicht, wenn man über die Ergebnisse und die Abläufe guter Forschungen mit der Öffentlichkeit spricht. Das ist wirklich schade. Denn wir brauchen auch jüngere Kommunikator*innen in den verschiedenen Formaten, die es gibt.

Es gibt ja tolle Möglichkeiten, Wissenschaftler*innen auch sehr zeiteffizient ins Gespräch zu bringen. Man muss auch ganz klar sagen: Die kostbarste Ressource in diesem Zusammenhang, das Mittel, was immer begrenzt ist, das ist die Lebenszeit der Forscherinnen und Forscher, die kommunizieren und die das auch nicht wegdelegieren können. Aber natürlich ist die Wissenschaft selbst auch gefragt. Natürlich muss gute Wissenschaftskommunikation auch ein Kriterium sein, zum Beispiel bei Berufung. Wir können das schön an der Parallele sehen: Früher war das Nonplusultra exzellente Forschung. Das war das, was gezählt hat und was letztendlich alles gestochen hat. Ob man den Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin in der Vorlesung verstanden hat, war ja eher sekundär. Das ist zum Glück Geschichte und ist nicht mehr so.

Ich stelle mir vor, so sollte es in auch Zukunft sein, dass Leistung in der Wissenschaftskommunikation im Berufungsverfahren durchaus Anerkennung findet. Das kostet nicht viel. Dafür muss man nichts bezahlen. Das muss man einfach mal erwähnen, so, wie man auch erwähnt, wenn jemand erfolgreich Drittmittel eingeworben hat, das nach wie vor eine ganz harte Währung innerhalb der Universitäten und den Hochschulen ist.

Wo setzt man da den Hebel an? Sie haben es natürlich immer dann in der Hand, wenn Sie fördern, denn dann können Sie auch fordern. Ich habe es erlebt, als ich vor langer Zeit bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft meine berufliche Laufbahn als Referent begonnen habe, als eingeführt wurde, dass man bei der DFG auch Geld für Kommunikationsmaßnahmen beantragen kann. Das ging dann sofort damit einher, dass das auch Begutachtungskriterium wurde. Es hat dann eine ganz andere Wirkung, wenn ich nicht nur Geld beantragen kann, sondern auch hinterher den Gutachtern erklären muss, was ich in dem Bereich gemacht oder nicht gemacht habe. Dann kann das eine durchaus sinnvolle Motivation sein, wenn auch die intrinsische Motivation sicherlich im Vordergrund stehen sollte.

Zur Frage nach dem Scicomm-Support würde ich nicht duplizieren wollen, was schon gesagt worden ist. Ich möchte betonen, dass zunächst mal die Heimateinrichtungen der Forscherinnen und Forscher primär in der Pflicht sind, ihre Mitarbeitenden zu unterstützen. Wir können nicht von unseren Wissenschaftler*innen verlangen, dass sie sich gerade auch zu herausfordernden gesellschaftlichen Themen in den Wind stellen und wenn mal Gegenwind kommt, sie dort allein stehen lassen. Hier muss man sie natürlich unterstützen, und da sind die Hochschulen selbst gefragt.

Wir haben Justiziariate, die Rechtsberatung machen können, die stoßen aber natürlich in Spezialfällen schon mal an ihre Grenzen, und da ist es gut, dass es als zweite Instanz, als Rückfallebene den bundesweit organisierten Scicomm-Support gibt. Der wird übrigens maßgeblich getragen vom ehrenamtlichen Engagement der Beraterinnen und Berater, die man erreicht, wenn man sich dorthin wendet. Lediglich die Rechtsberatung ist etwas, was zugekauft wird und im Moment auch den größten Posten ausmacht. Im Moment sieht es sehr gut aus, dass dieses Angebot – zumindest für die nächsten Jahre – durch die Unterstützung von Stiftungen gesichert sein wird. Aber was wir letztendlich brauchen, damit dieses Angebot dauerhaft erhalten bleibt, ist eine größere Sicherheit bei gleichzeitig großer Unabhängigkeit. Deswegen ist es gut, wenn viele dazu beitragen, dass der Scicomm-Support seine Arbeit machen kann und keine Abhängigkeiten von einzelnen Mittelgebern entstehen.

Dr. Philipp Niemann (Nationales Institut für Wissenschaftskommunikation): Zunächst herzlichen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, heute hier an dieser Anhörung teilzunehmen. Ich würde zunächst gern, weil das thematisch an das anschließt, was Sie gesagt haben, etwas sagen zur Frage von Bündnis 90/Die Grünen, wie man Anerkennung stärken kann. Ich glaube, viele Aspekte sind da sinnvoll und schon genannt worden.

Zu der Frage, Wissenschaftskommunikation als akademische Leistung zu sehen, auch, wie man das durch eine Verankerung im Hochschulgesetz auf eine institutionell andere Ebene bringen kann. Ich würde dafür plädieren, einen anderen Aspekt gleich

mitzudenken, der einen sonst später einholt, wenn man das juristisch alles wunderbar geregelt hat.

Nehmen wir einmal an, eines Tages haben wir die Verankerung und haben die Situation, dass es im Berufungsverfahren eine Rolle spielt, wie Wissenschaftskommunikation betrieben wurde. Dann muss man sich auch fragen: Wie ist denn jetzt die akademische Leistung? Genau wie man das inzwischen im Bereich der akademischen Hochschullehre hat. Bei Zertifikatsprogrammen, die man machen kann, die man einreicht im Rahmen von Berufungsverhandlungen, würde man – glaube ich – sinnvollerweise von Anfang an die Frage eines Kompetenzmodells mitdenken, wie es das schon in der Lehrerausbildung gibt. Was sind denn eigentlich die Kompetenzen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Bereich Wissenschaftskommunikation haben sollten, damit man hinterher sagen kann, die sind gut ausgebildet und sind in der Lage, das auf einem qualitativ hochwertigen Niveau zu tun. Das nur als andere Perspektive, die sinnvollerweise von Anfang an zu bedenken ist.

Dann gab es eine Frage der FDP-Fraktion unmittelbar an mich, welche Maßnahmen man treffen könnte, um Qualitätsstandards an Hochschulen zu verankern. Ich glaube das ist ein Aspekt, der zwei Seiten hat. Das eine ganz konkret. Man könnte sagen, keine Wissenschaftskommunikation ohne Evaluation, egal, ob begleitend oder ex-post, man einfach grundsätzlich das macht und sagt, ein Wissenschaftsprojekt an dieser Hochschule muss irgendeine Form der Qualitätssicherung mitbringen und das auch im Antragsverfahren schon gleich mitberücksichtigt. Das ist sicher ein Punkt, der da zielführend sein kann.

Sie haben eben gesagt: Wenn man fördert, kann man auch fordern. Umgekehrt muss man natürlich auch sagen: Wenn man fordert, also Qualitätsstandards setzt, dann muss man im Grunde genommen auch vorher fördern. Sonst wird es unfair. Das heißt, es müsste die Möglichkeit für diejenigen geben, die Wissenschaftskommunikation betreiben, seien das Forschende oder auch Mitglieder von der Kommunikationsabteilung, dass die auch ein Recht oder zumindest einen Anspruch darauf haben, in gewisser Weise Kompetenzen ausbilden zu können, damit man hinterher diesen Qualitätsstandard anlegen kann bei dem, was sie tun, also tatsächlich Bildung und Ausbildung im Bereich Wissenschaftskommunikation.

Jörg Weiss (con gressa): Vielen Dank für die Einladung. Ich kann mich dem, was schon gesagt wurde, sehr anschließen, insbesondere zu dem Thema der Anreizsysteme, zu dem meine Kolleg*innen hier viel kompetentere Auskünfte geben können. Das würde ich nicht weiter kommentieren.

Ich würde deshalb direkt zur Frage gehen, die auch an mich gerichtet war, welchen Aspekt es zu meiner speziellen Rolle als ein Vertreter einer Wissenschaftskommunikationsagentur anbelangt. Da war die Frage zur Auswahl von Unternehmen, wie das sein kann. Ich würde dem gern vorwegstellen, wir sind überhaupt erst einmal froh, wahrgenommen zu werden und finden es wichtig, hier zu sagen, dass wir einen nicht unerheblichen Impact in diesem Feld haben. Es gibt in Deutschland vielleicht ca. 20 Agenturen, die sich auf Wissenschaftskommunikation spezialisiert haben, und einige Freiberufler Freelancer, die unterstützen und helfen. Diese Akteure haben schon auch

Gestaltungsspielraum. Sie sind nicht nur Erfindungsgehilfen, sondern sie beraten, sie entwickeln Formate, sie setzen um, sie nehmen auch Qualitätskriterien wahr und arbeiten werteorientiert.

Wie kann jetzt die Auswahl sein? Im Prinzip gibt es da schon Instrumente. Es gibt öffentliche Vergaben, und da kann man mit Bewertungskriterien viel regeln. Also, wer kompetente Partner sucht, der wird sie auch finden, wenn er die Instrumente, die es gibt, gut und kompetent einsetzt.

Ein spannenderer Aspekt könnte aber sein – das geht über die vorhandenen Instrumente schlecht –, dass Unternehmen, Agenturen oder Freiberufler selbst auch Ideen entwickeln und nicht erst warten, bis eine öffentliche Einrichtung diese Leistung ausschreibt. Diese Innovationskraft oder diese Vielfalt der Perspektiven ist ausbaufähig. Das könnte passieren, indem es auch Förderlinien gibt, die niedrigschwellend sind und die auch Unternehmen zulassen.

Da stellt sich die Frage: Wie könnte das sein? – In Unternehmen ist auch unterschwellig die Annahme, dass sie eine andere Art von Wissenschaftskommunikation machen. Ich kann natürlich nachvollziehen, woher diese Überlegung kommt, aber auch da kann man Unternehmen auswählen, die – wie ich schon sagte – werteorientierend arbeiten, die auch Erfahrung und Expertise haben, selbst aus der Wissenschaft kommen, einen gewissen Umsatzanteil vielleicht mit Aufträgen in diesem Bereich verbringen, sodass man dann die schwarzen Schafe aussortiert und sie in diesen Prozessen gar nicht erst berücksichtigt. Ich denke, da gäbe es Möglichkeiten, und es wäre spannend, solche Prozesse zu öffnen, um viele Ideen und viele Formate zu generieren, um die besten und passendsten auszuwählen.

Zu der Frage, was konkret eine Art von Arbeit, Agenturen und Freiberufler anders machen könnten. Ein Beispiel ist – das werden alle, die in diesem Bereich arbeiten, bestätigen können –, es ist relativ schwierig, Projekte in Öffentlichen Verwaltungen schnell zu starten. Da müssen oft Stellen geschaffen werden, was dauert. Agenturen haben natürlich Expertise im Projektgeschäft und sind es gewohnt, innerhalb von kürzester Zeit Vorhaben aufzusetzen, umzusetzen und anzugehen. Man kann viel schneller auf Veränderungen und Bedarfe in der Wissenschaftskommunikation im Feld reagieren, wenn man diese Akteure als Ergänzung und in Partnerschaft mit den Wissenschaftseinrichtungen einbezieht.

Abschließend noch zu einem illustrierenden Beispiel: Ein Format, was wir selbst mitentwickelt haben und dafür bis vor Kurzem vom ehemaligen BMBF gefördert wurden, ist das Projekt „Heimspiel Wissenschaft“. Damit haben wir – wie ich finde – neuen Kommunikationsraum erschlossen, nämlich ländliche Regionen. Ich spreche hier wirklich von Dörfern mit 1.000, 2.000, 3.000 Einwohnern, und da war kaum Wissenschaftskommunikation, und wir gehen in diese Orte.

Natürlich könnte man auch sagen, das könnten Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen machen, machen sie auch teilweise, aber da ist man mit Besonderheiten konfrontiert. Man will zum Beispiel eine Miete bezahlen, man hat ein Vereinsheim und muss dem Vereinsvorstand erklären, jetzt an eine ganz bestimmte Rechnungsadresse eine E-Mail zu senden, die formalisiert ist, um etwas erstattet zu bekommen. Da

können wir als Unternehmen trotzdem beleghaft mit Quittungen etc. vielleicht anders und flexibler reagieren und so die Komplikationsräume mit ein bisschen mehr Flexibilität in Verwaltungsabläufen zu erschließen und zu unterstützen.

Prof. Dr. Johannes Wessels (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW): Zu guter Letzt auch von mir herzlichen Dank für die Einladung. Ich möchte ein paar Begriffe aufgreifen, und der für mich wichtigste Begriff, der am Anfang gestellt wurde, ist die Feststellung, dass Wissenschaftskommunikation im Eigeninteresse von Wissenschaftlern ist. Warum ist das so? Wenn es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht gelingt, Werbung zu machen für den Sinn ihrer Unternehmung, dann entzieht sie Gesellschaft die Möglichkeit, überhaupt einen Begründungshorizont dafür zu finden, dass ihnen Geld gegeben wird. Es ist eine so fundamentale Angelegenheit, die man sich immer wieder vor Augen führen muss, dass es einfach unverzichtbar ist.

Deshalb ist es für mich im Hochschulgesetz absolut verzichtbar, weil es einfach eine Grundeinstellung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist. Ich würde auch bezüglich der Schwierigkeit, knallharte Kriterien am Ende formulieren zu müssen, dringend davon abraten. Wichtig ist es, zu fördern und es tatsächlich – und das passiert längst –als ein Kriterium durchaus aufzunehmen in die Dinge, die man bei Bewerbungen, bei Berufungen zu berücksichtigen hat. Wie tritt jemand in der Öffentlichkeit für sein Fach auf? Wodurch stellt diese Person eigentlich sicher, dass dieses Fach an Akzeptanz nicht verliert? Insofern bekommt man in dieser Zusammenstellung – das ist mittlerweile gängige Praxis – genau den Stellenwert für Wissenschaftskommunikation hin, der ihr gebührt.

Der zweite wichtige Aspekt kam ganz zu Anfang von Herrn Wormer: Was ist es, was wir dringend bräuchten in der Wissenschaftskommunikation, was wir noch nicht haben? Denn es wurde schon gesagt, das Papier des Wissenschaftsrats, das eine Intensivierung dieser Dinge anregt, ist 24 Jahre alt. Seitdem ist wirklich im Bereich der Wissenschaftskommunikation eine Menge passiert.

Was immer noch nicht gelungen und vielleicht dringender nötig ist denn je, ist die Verankerung in der Lehrkräftebildung bezüglich der Urteilsbildung. Da hat im Moment keiner ein Patentrezept. Wodurch, außer durch eigene Erfahrung, kann ich eigentlich so etwas wie Urteilsbildung wirklich fördern? Ich glaube, da könnte eine Vernetzung der Strukturen, die mittlerweile im Bereich der Wissenschaftskommunikation existieren, mit einem ganz gezielten Blick auf die Lehrkräftebildung helfen, in diesem interprofessionellen Rahmen Methoden zu entwickeln, um wirklich einen Schritt weiterzukommen. Das scheint mir wichtiger denn je.

Dann wurde noch gefragt: Was kann man tun, um Kriterien zu entwickeln, Anreize zu entwickeln? Ich darf darauf hinweisen, die DFG hat das längst als Bestandteil von koordinierten Programmen gemacht, dass man sich zu Öffentlichkeitsarbeit verhalten muss, und da sind wirklich sehr gute Formate entstanden. Das Gleiche gilt für sämtliche EU-Rahmenprogramme. Sie haben nicht einen Antrag durchbekommen, egal was für ein Thema es ist, wenn sie nicht über Dissemination einen langen Absatz geschrieben haben.

Last, but not least, die DFG macht es seit Jahren zu ihrer gängigen Praxis, dass es bei der Jahreshauptversammlung, der wichtigsten Veranstaltung, zu der nicht selten auch die ganz oberste Riege der Politik kommt, den Wissenschaftskommunikationspreis zu verleihen. Das zeigt, dass im Bereich der Wissenschaft das Thema als solches wirklich angekommen ist. Jetzt muss man schauen: Welchen Bereich will ich denn eigentlich weiterbefördern?

Grundsätzlich zu sagen, jeder muss das können, ist im Sinne einer sinnvollen Arbeitsteilung für mich überhaupt nicht zielführend. Ich will es einer theoretischen Mathematikerin – wir haben eine hervorragende Leibniz-Preisträgerin bei uns – nicht aufbürden, den Versuch zu unternehmen, in 50-dimensionalen Räumen irgendwelche Geometrien zu erklären. Das ist sinnlos. Lieber soll sich jemand mit einem geländegängigen Thema darum kümmern, Leute grundsätzlich für Wissenschaft zu begeistern. Das ist viel effektiver. Insofern, man muss zwischen jeder und keiner und allen Spezialisten gut differenzieren.

Letzter Punkt. Der istnoch nicht angesprochen worden. In der letzten Zeit hat sich gezeigt, das, was richtig gut Akzeptanz fördert und auch ein ernstes Verständnis für Wissenschaft fördert, ist das Involvieren von Öffentlichkeit. Citizen Science ist ein Begriff, worunter ganz viele Leute ganz unterschiedliche Sachen verstehen. Es ist nicht das Auslesen von tausenden von Fitbit-Armbändern, die ich mal so für irgendeine Studie bekommen kann, sondern das ist die aktive Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, und zwar das gesamte Altersspektrum, das gesamte Herkunftsspektrums. Das schafft echte Akzeptanz, und das ist meines Erachtens der wichtigste Faktor für Wissenschaftskommunikation.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Damit ist die erste Runde beendet. Gibt es noch Nachfragen zu Fragen der ersten Runde? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur zweiten Runde.

Raphael Tigges (CDU): Vielen Dank für die Beantwortung unserer Fragen in der ersten Runde. Da kamen schon viele interessante Aspekte auf, die uns sicherlich in der Beurteilung des Antrags auch weiterhelfen können.

Ich möchte dennoch mal auf den Punkt Aufnahme dieses Themas in das Hochschulgesetz zu sprechen kommen. Ich habe durchaus unterschiedliche Begeisterung dafür vernommen, von deutlicher Unterstützung bis hin zu Professor Wessels, dass Sie sagen, es müsse nicht unbedingt ins Hochschulgesetz, es müsse nur mehr untermauert und unterstützt und dann über andere Wege gefördert werden.

Deshalb würde ich noch einmal bei denjenigen nachfragen, die das in ihren Stellungnahmen in der ersten Runde angesprochen haben, dass es aufgenommen werden soll. Wie müsste denn diese Norm definiert werden, damit es uns tatsächlich inhaltlich zielgerichtet weiterhilft? Welche praktische Konsequenz hätte das für Sie, es hineinzuschreiben und aufzunehmen, dass wir es befürworten und es gut finden? Damit wir es verstehen und einordnen können. Welche praktische Konsequenz hätte das für uns, wenn wir das mit einem Hochschulgesetz verankert würde?

Herr Professor Wessels, vielleicht noch die Nachfrage. Sie haben in Ihrer Stellungnahme davon gesprochen, dass Sie sich noch eine stärkere Vernetzung, Verzahnung von Wissenschaft und Politik wünschen würden. Vielleicht können Sie noch näher darauf eingehen. Denn wir haben immer den Eindruck, wir stehen in gutem Austausch, sprechen viele Dinge an, und es kommt vieles bei uns an von solchen Formaten wie heute bis hin zu vielen Begegnungen, die wir sonst im Bereich haben. Was vermissen Sie noch, oder wo würden Sie gern Unterstützung benötigen?

Ein Letztes. Wir sprechen über Wissenschaftskommunikation und natürlich auch über Menschen, die diese Wissenschaftskommunikation leben und nach außen vertreten. Es wurde auch gesagt, dass man Menschen braucht, die das können und es auch auf die Straße bringen. Es hat in der Vergangenheit in vielen politischen Debatten immer wieder, ob es jetzt politische oder gesellschaftliche Debatten oder Covid-Diskussionen sind, wo wir in der Wissenschaftskommunikation natürlich sehr stark sind, und wo Wissenschaft missbraucht werden kann, schnell vorgeführt werden kann, wo es unterschiedliche Aufnahmen gibt. Da stehen Menschen, die mit ihrer Meinung schnell im Regen stehen oder vielleicht auch persönlich angegriffen werden.

Deswegen frage ich an dieser Stelle: Bedarf es politisch noch eines besonderen Schutzes von Wissenschaftskommunikation in gerade diesen polarisierenden Themenfeldern, die wir in der Vergangenheit oftmals gesehen haben? Halten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vielleicht bewusst zurück in bestimmter Kommunikation von Meinungen in der Befürchtung, dann zu sehr im Feuer zu stehen, angegriffen zu werden oder unter Druck zu geraten? Was braucht es, um genau das auszuschalten?

Denn wir wollen genau eine wissenschaftliche Expertise haben, die einen gewissen Unabhängigkeitsgrad hat und die uns in vielen Entscheidungen auch berät. Das war eine lange Fragestellung, aber ich hoffe, es ist angekommen, was ich damit meine. Das zielt jetzt auch nicht an eine bestimmte Adresse, sondern jeder der mag, darf darauf antworten.

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Vielen Dank für die bisherigen Antworten und Diskussionen. Ich habe noch eine Frage an die Herren Wormer und Ruf vom RRC. Wenn ich es richtig sehe, haben Sie mit oder für die TU Dortmund mit Blick auf die Weiterbildungsangebote schon Konzepte entwickelt, die – wenn ich das richtig sehe – eine wichtige Rolle spielen in der strategischen Weiterentwicklung der TU Dortmund. Vielleicht können Sie das mal ausführen, damit ein bisschen Fleisch an die Knochen kommt, über was wir ganz konkret reden.

Eine zweite Frage geht an Herrn Begenat, insbesondere mit Blick auf Herausforderungen einer durchdigitalisierten Gesellschaft, Desinformation, KI-generierte Inhalte und Co. ich glaube, da ist der Beitrag von Wissenschaftskommunikation noch mal deutlicher geworden. Sie beziehen das auch kurz aber konkret auf den Aktionsplan „Desinformation“ des Landes.

Können Sie das noch einmal ausführen und sagen, inwiefern die Überlegungen in dem Antrag anschlussfähig sind an Dinge, die man auf Landesebene regeln kann und was es dafür noch bräuchte?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Ich möchte gern nachhaken bei der Frage Zentralisierung vs. Dezentralisierung. Vielleicht können Sie noch einmal darauf eingehen. Es gab ja unterschiedliche Positionen dazu, inwieweit auch dezentrale Strukturen für die Wissenschaftskommunikation besser sein können als ein zentrales Referat.

Daran anschließend auch noch die Frage: Wieso ist es wichtig, alle Arten von Wissenschaftseinrichtungen aber auch Hochschulen und möglichst viele Standorte in der Wissenschaftskommunikation zu haben, also diese vielen Standbeine statt zentralisierte Strukturen?

Angela Freimuth (FDP): Ich habe noch jede Menge Nachfragen und will versuchen, das zu konzentrieren. Gerade wurde mehrfach angesprochen, dass es eine ganze Reihe Aktivitäten aus der Wissenschaftslandschaft gibt, wofür ich auch sehr dankbar bin. An den Hochschulstandorten bekommt man davon sicherlich wesentlich intensiver etwas mit als in den Dörfern.

Ich gebe zu, ich bin auch Landei. Da bekommt man schon etwas weniger von einem wissenschaftlichen Diskurs mit. Mir Frage stellt sich die Frage: Was können wir als Politik, die es als Aufgabe hat, an der Willensbildung mitzuwirken, tun, damit Gesellschaft Räume eröffnet, um auch Wissenschaft Raum dafür zu geben, damit es solche Diskursräume auch unterschiedlicher wissenschaftlicher Positionen zum Beispiel in der Fläche und in der Zivilgesellschaft gibt?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Jetzt setze ich meinen „Abgeordnetenhut“ auf und den „Vorsitzendenhut“ ab. Meine Frage beschäftigt sich mit der Bürgerforschung, also Citizen Science Projekten. In der Stellungnahme von Professor Dr. Archut lässt sich entnehme, dass sich nicht alle Wissenschaftsdisziplinen gleichermaßen für die Einbindung von Bürgern eignen. Ich stelle meine Frage mal ein bisschen positiv: Welche Disziplinen eignen sich denn besonders? Diese Frage richte ich an alle, die sich dazu äußern möchten.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Wir beginnen wieder bei Professor Wormer.

Prof. Holger Wormer (Rhine Ruhr Center for Science Communication Research [RRC]): Ich beginne mit der Frage von Dr. Tigges. Wie bringt man das im Hochschulgesetz unter? Sie haben die Frage an alle gerichtet.

Ich bin da durchaus ambivalent. Ich stehe vielleicht ein bisschen zwischen den Positionen, die hier geäußert werden. Ich würde aber auch vertreten – da bin ich ganz beim Kollegen Wessels –, Wissenschaftskommunikation muss am Schluss freiwillig sein. Es gibt Menschen, die haben Sonderbegabungen, und für die ist es der Horror, wenn sie sich vor eine Kamera stellen müssen, beispielsweise der Mathematiker, den sie vorhin erwähnt haben.

Gleichwohl muss aber deutlich werden, dass es erwünscht ist und für die Personen, die das machen, auch anerkennungsfähig ist. Im Antrag steht zum Beispiel etwas, dass man sich statt der Forschungsfreisemester auch ein Semester freinehmen kann,

um sich ganz auf so etwas zu konzentrieren. Das wäre beispielsweise eine Möglichkeit, wie man das umsetzt, dass es einerseits freiwillig und andererseits erwünscht ist. Ich bin kein Jurist. Das gebe ich sozusagen an Sie zurück.

Der zweite Punkt, zu dem ich mich äußern möchte, ist die Frage zentral vs. dezentral. Dazu haben wir vor einigen Jahren auch ein Paper gemacht im Kontext einer Arbeitsgruppe bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Letztendlich ist das Ergebnis banal. Es braucht beides. Es braucht insbesondere auch deshalb beides, weil es sich in der Vergangenheit gezeigt hat – da würde ich Andreas Archut ein bisschen widersprechen –, dass das Dezentrale schon dazu führt, dass wirklich redliche Wissenschaftskommunikation, die den Standards der Wissenschaft verpflichtet ist, manchmal im Konflikt steht mit einer Reputationskommunikation.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ich hatte für eine Weile eine Kolumne im „Tagesspiegel“. Ich habe einen Monat lang im „Informationsdienst Wissenschaft“ nachgeschaut: Wie oft kommt bei Pressemitteilungen von deutschen Forschungseinrichtungen das Wort „Durchbruch“ vor? Die Schlagzeile hinterher war: „Jeden Tag ein Durchbruch!“. Im Monat Oktober haben 30 Pressemitteilungen von Durchbruch gesprochen.

Jetzt habe ich große Wertschätzung für meinen Kollegen, ist vielleicht ein bisschen übertrieben. Deswegen, glaube ich, müssten wir beides machen. Natürlich dürfen und sollen Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen auch zeigen, was sie können, aber das steht eben manchmal im Konflikt mit einer redlichen Wissenschaftskommunikation. Wenn man das nicht austariert, kann das dem Vertrauen schaden.

Ein dritter Punkt war dezidiert an uns gerichtet, was wir uns, was diese Informationsbeurteilungskompetenz angeht, im RRC und an der TU Dortmund schon überlegt haben. Herr Wessels hat es vorhin auch gesagt. Der Ausgangspunkt war unsere Beobachtung am Institut für Journalistik und es nicht mehr ausreicht, gute Journalisten und gute Wissenschaftler auszubilden, wenn die Bevölkerung den Mehrwert dieser Tätigkeit nicht mehr erkennt. Wenn die Bevölkerung nicht mehr weiß, warum ich den Leuten, die hier sitzen, oder vielleicht kompetenten Medienleuten, diese Information nicht mehr glauben kann, dann bricht ein Teil der demokratischen Meinungsbildung einfach zusammen. Da können wir noch so viel Kommunikation machen wie wir wollen.

Das war der Ausgangspunkt, warum wir das in den Strategieprozess bei uns in der TU Dortmund eingebracht haben. Dazu kann ich Ihnen von regelrechten Hilferufen von Schulen berichten, die sagen: Sie bilden doch Journalisten aus, können Sie nicht auch unseren Schülerinnen und Schülern erklären, wie das geht?“ Sie können dreimal raten, wer bei diesen Schülerseminaren am meisten mitgeschrieben hat. – Es waren nicht die Schüler, es waren die Lehrkräfte.

In diesem Kontext haben wir in diesem mehrstufigen internen Strategieprozess dann im Gespräch mit Leuten aus der Lehrkräftebildung, Fachdidaktik – wir haben ja einige Einrichtungen bei uns „DoKoLL“ oder das „Zentrum für Weiterbildung“ – sehr viele Gespräche geführt. Wir haben auch die Kollegen eingebunden, die sich mit professionellem fact-checking beschäftigen, beispielsweise das Projekt GADMO, wo es auch in Kooperation mit Medienunternehmen darum geht, unter Einbindung von Datenstützmethoden, also auch Fake News zu identifizieren.

Die Frage, die sich dabei stellt, ist: Was gehört wirklich in ein Kompetenzmodell für die Lehrkräfte und letztendlich für Schülerinnen und Schüler? Wir können aus all denen nicht Journalisten und Wissenschaftler machen, aber wir müssen ein paar von diesen Tools eben dort rüberbringen.

Strategisch profitieren wir dann natürlich bei uns im Konzept in der TU Dortmund, dass wir eine starke Lehrkräftebildung haben, wir aber auch Alleinstellungsmerkmale haben wie das Institut für Journalistik. Wir haben das RRC, und wir haben auch eine starke Fakultät Statistik, mit der wir im Bereich Daten viel kooperieren.

Was der Stand ist, was diesen Prozess angeht. Wir sind tatsächlich wild entschlossen, das voranzutreiben, weil wir es für innovativ halten. Der Rektor hat am Ende des Strategieprozesses zugesagt, dass er die Hülle für eine solche Professur, wie wir sie auch im Antrag und dann auch in die Stellungnahme schreiben konnten, vorbehaltlich einer Finanzierung geben würde. Wir würden das vorantreiben. Einen Finanzierungsvorbehalt gibt es. Wie man das eben aus einschlägigen Koalitionsverträgen kennt, dass man eine gute Sache machen will, aber der Finanzierungsvorbehalt natürlich da ist.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Herr Professor Dr. Wessels hat darum gebeten, seine Stellungnahme vorziehen zu können. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Johannes Wessels (Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW): Sehr nett, dass Sie mich vorziehen. Die konkrete Frage war: Wie könnte man beispielsweise Wissenschaft und Politik etwas näher zusammenbringen? Ich glaube, es ist richtig, wir sind häufig im Austausch. Aber wir haben zum Beispiel, bislang, zumindest während meiner Dienstzeit, eine einzige Veranstaltung hier im Landtag gehabt, wo Wissenschaft wirklich mal im Landtag war.

Wir haben das in den vergangenen Jahren aus dem Kreis der U15 zum Beispiel auch mal im Bundestag gemacht. Wenn man dann da ist, gibt es immer ein großes „Hallo“, aber die Hürde, tatsächlich Wissenschaft aufzufordern, sich zu präsentieren und beispielsweise bestimmte Themen auch aus ihrer Warte zu präsentieren, ist eher verhalten. Da ist mittlerweile in meiner Wahrnehmung die Wirtschaft schon etwas weiter. Die Wirtschaft geht mittlerweile sehr viel offensiver auf Wissenschaft zu, weil sie teilweise Fragen hat, die wir wirklich beantworten können. Ich könnte mir vorstellen, dass das bei Politik auch der Fall sein könnte. Das wäre eine Sache.

Dann hatten Sie gefragt, was man tun kann bei Anfeindungen gegen Wissenschaftler. Ja, offensive Wissenschaftskommunikation zu konträren Themen ist etwas, was zu unfassbaren Shitstorms führen kann. Aber das ist auf politischer Ebene nicht anders.

Insofern kann man eigentlich nur sagen: Alles, was der Rechtsstaat hergibt, muss man einsetzen, um diese Leute zu schützen. In der Rolle der Hochschulleitung sehe ich meine Rolle, sie zu unterstützen in dem, was sie tun. Das heißt, man kann nicht mit gewetzten Messern dahinterstehen und fragen: Was tust du dieser Organisation gerade an, dass du dich in der Öffentlichkeit so äußerst? Dafür braucht es einfach viel Courage, und ich habe kein Patentrezept, wie man Anfeindungen ausschalten kann, Sie wahrscheinlich auch nicht.

Sie hatten gefragt: Wo kann man Citizen Science nutzbringend machen, und wo ist es eher schwierig? Ich glaube, nutzbringend ist es immer da, wo Bürgerinnen und Bürger sich tatsächlich mit Kompetenz einbringen können.

Ich kann Ihnen ein Beispiel geben. Sie haben vielleicht von diesem grandiosen Projekt gehört, dass Hubert Wolf und sein Team im Vatikan Briefe von Geflüchteten gefunden haben, die sich an den Papst gewendet haben. Die Briefe sind – glaube ich – in elf Sprachen geschickt worden. Wenn man die jetzt aufarbeiten will, dann stellt man fest, es gibt Unmengen von Bürgerinnen und Bürgern, die alte Handschriften lesen können und auch diese Sprachen sprechen, auch die Zwischentöne verstehen könnten. Die könnten das wunderbar übersetzen und sind unmittelbar eingebunden in so ein Projekt. Da ist jemand nur aufgrund seiner Lebenserfahrung, egal, was der Hintergrund ist, geeignet, um sich in ein Wissenschaftsprojekt einzubringen. Das ist so eine Sache.

Sie wissen vielleicht, es gibt eine Reproduktionskrise insbesondere in der Verhaltensforschung, was damit zu tun hat, dass Tierversuche im Labor durchgeführt werden und Tiere sich in der freien Wildbahn tatsächlich anders verhalten. Da kann man Formate entwickeln, wo beispielsweise – wir hatten einen konkreten Fall – Hundehalter gebeten worden sind, mit einer App besondere Verhaltensmuster ihrer Hunde zu dokumentieren. Die sind dezidiert anders als in ähnlichen Situationen Hunde unter Laborbedingungen reagieren. Das ist wirklich echter wissenschaftlicher Input. Das sind Daten, die man auf gar keine andere Weise generieren kann. Die sind wirklich wertvoll.

Wenn man das den Menschen vermittelt, dann wächst in einem weit überproportionalen Maß das Vertrauen in Wissenschaft, weil sie Teil des Prozesses geworden sind. Das ist etwas ganz anderes, als wenn Sie abends einen Harald Lesch anschauen und sagen: Wow, das hat er jetzt richtig gut erklärt, ich habe es auch verstanden!“. Das ist nicht das Gleiche.

Jörg Weiss (con gressa): Vielleicht knüpfe ich da an, weil wir bei Citizens Science waren. Ich glaube, es braucht vielleicht eine Begriffsdefinition. Da will ich aber gar nicht näher einsteigen. Aber ich habe das Gefühl, damit sind insgesamt partizipative, bürgerbeteilende Vorhaben gemeint. Unter diesem Kontext will ich zu den Kriterien, die Sie gerade sehr schön herausgearbeitet haben, noch etwas ergänzen wollen. Eine gewisse Betroffenheit ist auch eine große Motivation.

Ein Beispiel aus der Archäologie: In Großbritannien wird das schon sehr lange gut praktiziert, dass, wenn Ausgrabungen in einem Ort stattfinden, der Ort immer mit einbezogen wird. Die Bewohner helfen teilweise beim Ausgraben und sind beim Besprechen von Ergebnissen mit eingebunden. Es sind somit nicht nur Ausgrabungshelfer, sondern sie werden auch einbezogen. Sie haben großes Interesse und erscheinen zahlreich, weil es eine „Nähe“ im wortwörtlichen Sinne gibt. Das vielleicht noch als ergänzenden Hinweis, wo solche Formate gut funktionieren.

Zum Thema Zentralität/Dezentralität hat Herr Wormer schon einen wichtigen Punkt genannt, dass es institutionsübergreifende Vorhaben gibt und die den den Vorteil haben, dass sie funktionsübergreifend sind. Deshalb können per Definition auch Partikularinteressen in der teilnehmenden Wissenschaftseinrichtung ein wenig in den Hintergrund

treten. Insofern sind diese institutionsübergreifenden, zentralen – wenn es so gemeint war – Wissenschaftskommunikationsvorhaben sehr wertvoll.

Gleichzeitig können dezentrale Initiativen einen großen Vorteil haben, weil wir vieles mit lokalen Speziallösungen, mit Kontakten zu Communities in der Nachbarschaft, in der Stadt brauchen. Das funktioniert über Dezentralität mit lokalem Wissen, lokalen Zugängen und lokalen Ansätzen auch sehr gut, als wenn jemand von weit wegkommt.

Dr. Philipp Niemann (Nationales Institut für Wissenschaftskommunikation): Ich mache weiter mit dem Aspekt Citizens Science. Vielleicht ganz grundsätzlich. Ich bin seit zweieinhalb oder drei Jahren zusammen mit Kollegen von „The Globalist“ betraut, die aktuelle Förderperiode des BMBF zum Thema „Bürgerschaftliche Projekte“ zu evaluieren. Das heißt, ich bin da ziemlich involviert und habe auch viele Dinge gesehen.

Deshalb würde ich ganz grundsätzlich widersprechen, dass es Disziplinen oder Themen gibt, die man nicht mit Citizens Science angehen kann. Es ist eine ganz schwierige Debatte, wenn man sagt, manches geht, anderes geht nicht. Es kommt immer darauf an, wer es macht und wie man es macht, aber von einer Ausschlussdebatte würde ich sehr abraten. Das gilt übrigens auch in der Wissenschaftskommunikation an sich. Es gibt eigentlich keine Disziplin oder Themen, die nicht funktionieren. Es gibt Dinge, die sind naheliegender oder einfacher, aber insgesamt muss man da sehr aufpassen. Vielleicht das dazu.

Ganz grundsätzlich. Wenn man sagt, man möchte da reingehen, man möchte das vielleicht in Zukunft fördern und stark verankern, dann würde ich dringend dafür plädieren – da der „Citizens-Science-Zug“ nicht erst gestern losgefahren ist, sondern schon seit einiger Zeit ziemlich aktiv ist –, dass NRW das nicht so eng auf diesen Citizens-Science-Begriff bezieht, sondern tatsächlich von Partizipation in der Forschung spricht. Dazu gehören dann auch transdisziplinäre Forschungsansätze und andere Dinge. Sonst geht man an der Debatte, wie sie momentan geführt wird, vorbei und bleibt zurück.

Das ist vielleicht eine begriffliche Frage, die aber nicht unerheblich ist, weil das in den letzten Jahren doch eine relativ große Auseinandersetzung darüber war, wo man begrifflich hin will. Mein Gefühl ist, dass dieser Begriff „Partizipation in der Forschung“ etwas ist, worauf sich viele inzwischen gut einigen können.

Zur Frage der FDP-Fraktion: Wie kann man etwas fördern, um Räume zu öffnen? Ich glaube, wenn man Citizens Science in diesem Sinne als Partizipation versteht und fördert, dann öffnet man damit auch Räume, und zwar nicht nur geografisch, sondern vor allem auch gesellschaftsstrukturell, weil da unterschiedliche Gruppen eingebunden werden, nicht nur Bürger und Bürgerinnen, sondern auch Akteure aus der Wirtschaft und aus politischen Bereichen. Dann hätte man genau diese Verknüpfung, von der Sie gefragt haben, wie man da ein Stück weit hinkommen kann

Herr Wormer hat – wie ich finde zu Recht – darauf hingewiesen, dass Wissenschaftskommunikation eine freiwillige Geschichte sein muss, dass es nicht sinnvoll ist, etwas zu verordnen. Ich fände es aber sinnvoll, darüber nachzudenken, ob man nicht von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verlangt, dass sie die Entscheidung für oder gegen Wissenschaftskommunikation (und dagegen ist völlig in Ordnung) begründet

und informiert treffen, man nicht sagt, das möchte man gar nicht, sondern dies begründet wird und man nachweist, dass man sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat.

Wir haben ja im Bereich der universitären Lehre diese Wahloption nicht. Das ist auch eine Frage, ob das für alle Disziplinen gut ist. Aber da muss man nicht hinkommen. Jeder soll Wissenschaftskommunikation machen, aber zumindest begründet sagen, warum nicht und da nachweisen, dass man sich damit befasst hat. Das schiene mir hier sinnvoll.

Prof. Dr. Andreas Archut (Bundesverband für Hochschulkommunikation, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Zum Thema „Citizens Science“ ist schon sehr viel gesagt worden. Das will ich nicht duplizieren. Aber ich möchte noch mal betonen, mir gefällt sehr gut der Begriff „Partizipation an Wissenschaft“, weil das auch letztendlich dazu führt, dass die Leute mehr verstehen, was Wissenschaft ist, wie Wissenschaft funktioniert und wo auch die Grenzen von wissenschaftlichen Aussagen sind. Es war in der Pandemie sehr beeindruckend zu sehen, dass das längst nicht überall angekommen ist, zum Beispiel auch nicht unbedingt in Redaktionen.

Wir sind vielleicht ein Stückweit selbst schuld, wir Kommunikator*innen in den Hochschulen und in den Forschungseinrichtungen, weil wir lange Zeit Wissenschaftskommunikation in erster Linie als Ergebniskommunikation betrieben haben. Wenn man eben nur die Forschungspressemitteilungen aus den Hochschulen liest, dann muss man denken, Wissenschaft ist eine Abfolge von Erfolgserlebnissen. Da knallen ständig die Sektkorken, weil die jeden Tag etwas Neues entdecken, jeden Tag einen Durchbruch. Dass dazwischen aber mühsame Etappen liegen, das unbekannt ist, aber letztendlich, was nicht Gegenstand einer Pressemitteilung sein muss. Dafür muss man dann vielleicht etwas andere Formate finden.

Aber den Menschen zu erklären, wie Wissenschaft funktioniert, das ist ein Anliegen, das uns mittlerweile sehr viel wichtiger geworden ist als es noch vor ein paar Jahren war. Da gibt es hervorragende Formate. Citizen Science gehört dazu, aber sicherlich gibt es noch andere Möglichkeiten.

Ein anderes Beispiel: Kinderuni. Die Kinderuni ist großartig. Als ich in der Schule war, gab es sie noch nicht. Ich frage mich heute, warum eigentlich nicht. Es ist in Tübingen erfunden worden. Heute gibt es keine Hochschule, die etwas auf sich hält, die nicht in irgendeiner Form Kinderuni macht, und wir sind alle sehr glücklich damit.

Es gibt auch Begleitforschung dazu, die wissenschaftlich beweist, dass dies etwas bringt, weil es Hemmschwellen abbaut, weil es den Zugang zu Wissenschaft erleichtert, egal, ob für Mädchen oder für Menschen aus bildungsfernen Schichten oder Menschen aus Haushalten, in denen bislang noch nie jemand einen Hochschulabschluss gemacht hat. Das hat also ganz viele positive Effekte. Aber da gibt eben auch die Herausforderung, wo Sie als Politik helfen können. Denn so etwas kostet vielleicht doch mal Geld.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen von unserer Partneruniversität – ich komme von der Universität Bonn – „St Andrews“ in Schottland. Das ist da, wo Harry seine Frau

kennengelernt hat. Es ist sehr schön dort. Die machen auch Kinderuni, aber die machen Kinderuni mit einem Anspruch, dass sie nicht nur die katholischen Kinder nicht noch ein bisschen katholischer machen, also sie die Kinder von den Bildungsbürgern, die die Zeit haben, ihre Kinder zur Uni zu fahren, in die Vorlesung zu setzen, wieder nach Hause zu bringen, sondern die wollen eben auch gerade die Arbeiterkinder, die nicht gebracht werden können, weil die Eltern gar keine Zeit dafür haben, weil die oft beide berufstätig sind. Die fahren dann mit dem Bus in die entsprechenden Viertel, sammeln die Kinder ein, bringen sie hinterher wieder zurück und haben damit ein ganz anderes Publikum in der KinderUni.

Wenn man das machen will – ich würde ich dazu auffordern, in diese Richtung zu denken –, dann braucht es da auch eine Ressource, und diese Ressource kann man nicht einfach aus dem regulären Hochschulhaushalt nehmen, die muss irgendwo herkommen. Da einen niederschwelligen Zugang für solche Mittel zu schaffen, das wäre großartig.

Jetzt haben Sie mich nicht als Sachverständigen für Gesetzgebung eingeladen; da sind Sie besser orientiert. Sie wissen, wie man so etwas in ein Gesetz bringt und ob darin stehen muss: „Die Hochschulen machen Wissenschaftskommunikation“ und nicht „Entscheiden Sie bitte“. Doch dass wir hier etwas machen müssen, ist hier l deutlich geworden.

Inwieweit eine zentrale Struktur in einem Ministerium hier den entscheidenden Unterschied bringen kann, vermag ich mir nicht vorzustellen. Das halte ich vielleicht gar nicht für so zielführend wie eher für das Thema Mittelbereitstellung, von mir aus zentral, bereitzustellen. Aber braucht man dazu ein eigenes Referat? Ich würde vor allen Dingen die bestehenden Netzwerke in die Pflicht nehmen, also beispielsweise die Landesrektorenkonferenzen, die sicherlich auch bereit wären. Und natürlich wir vom Landesverband des Bundesverbands Hochschulkommunikation und die Wissenschaft insgesamt ist es gewohnt, zentral und dezentral zu sein. Wir forschen dezentral, aber wenn wir uns nicht regelmäßig austauschen und gegenseitig unsere Ergebnisse zeigen und voneinander lernen würden, dann kämen wir nicht weit. Ich glaube, das würden wir auch im Bereich der Wissenschaftskommunikation hinbekommen.

Dr. Charmaine Voigt (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften): Jetzt wurde sehr deutlich gesagt, wie lange wir uns mit diesem Thema schon beschäftigen, und doch haben wir es noch nicht geschafft, dass eine Anerkennungskultur gelebt wird. Ich glaube, dass wir nicht noch länger warten sollten, sondern es ein politisches Signal braucht. Es gibt andere Bundesländer, in denen das wunderbar funktioniert. Das steht alles in den Papieren, das brauche ich nicht noch einmal zu sagen. Aber ich würde das auch unterstützen. Wenn etwas gesetzlich geregelt oder festgeschrieben wird, dann muss die Freiwilligkeit gewährleistet sein und natürlich auch eine inhaltliche Offenheit. Ich kann nicht das Eine wollen und dann, wenn es unbequem wird zu sagen, dass es bitte unterbunden werden soll. Das geht natürlich auch nicht.

Nach einem politischen Schutz für Wissenschaftskommunikation wurde gefragt. Das ist eine Kombination wie es auch im Antrag steht. Das finde ich sehr sinnvoll, also einerseits Ressourcen, die Möglichkeiten ergeben, Kompetenzaufbau, der möglicherweise

auch evidenzbasiert ist, Scicomm-Support für Situationen, die sensibel werden, nicht nur juristisch, sondern auch mental, und eine Vernetzung, wie auch immer man die ausgestaltet, um aufzugreifen: Wer hat die Verantwortung dezentral und zentral? Welche Akteure spielen da mit rein? Vielleicht Museen, vielleicht die Bürger*innen. Das würde ich hier sehr unterstützen wollen.

Sie hatten gefragt: Wie kann man politische Räume schaffen für einen Austausch, gesellschaftliche Räume aber auch aus der Politik heraus? Es gibt schon sehr viele tolle Formate. Vielleicht fangen wir auch noch einmal an, miteinander zu sprechen, beispielsweise das Format „Leibniz im Landtag“. Da kann man schon ansetzen und auch das Thema der Wissenschaftskommunikation hier noch mal verhandeln und in den Austausch gehen.

Dr. Matthias Begenat (Center for Advanced Internet Studies [CAIS]): An mich wurde explizit eine Frage gerichtet zu Digitalisierung und gesellschaftlicher Herausforderung. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, weil ich es ganz spannend finde, weil die Perspektive hier umgedreht wird. Wir gehen jetzt nicht vom Wissenschaftssystem aus, sondern vom gesellschaftlichen Bedarf. Das ist, glaube ich, für Wissenschaftskommunikation ganz entscheidend, mitzudenken.

Wir als CAIS sind ein Forschungsinstitut, was sich um die digitale Transformation der Gesellschaft bemüht bzw. dazu forscht und Wissenschaftskommunikation macht. Ich habe in meiner Stellungnahme zwei Dinge aufgeführt. Wir erleben wahnsinnig viel Nachfrage und Orientierungsbedarf aus der Gesellschaft in puncto Desinformation. Der Aktionsplan „Desinformation der Landesregierung“, beschlossen im Februar, greift und nennt das CAIS an zwei, drei Stellen, zum Beispiel bei der Forschung, also Forschung zu Desinformation ist wahnsinnig wichtig. Es soll gestärkt werden am CAIS.

Nun komme ich zu den Wissenschaftskommunikationsmaßnahmen. Wir haben mit starken Partnern das Medienkompetenz_LAB ins Leben gerufen. Da schauen wir, dass wir Forschung und Bildungspraxis, Medienkompetenz, Media Literacy zusammenbringen. Dabei sind zum Beispiel die Landesanstalt für Medien, die VHS Hochschulen, das Grimme-Institut, die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) usw. Mit diesen rollen wir eine Barcamp-Reihe aus. Wir wollen das einmal als Pilotprojekt in der VHS Dortmund starten und vielleicht auch in die ländlichen Räume übertragen, wenn es gut läuft. Da ist einmal das Stichwort „Allianzen schmieden“ wichtig. Wir haben ein gesellschaftliches Problem, das wir in der Wissenschaft bearbeiten. Aber auch andere Akteure bearbeiten das im halb politischen, im politischen Raum, im Medienkompetenzvermittlungsraum. Da spielt Wissenschaftskommunikation eine enorm große Rolle, nämlich solche Räume oder Kontaktmöglichkeiten – nennen Sie es, wie Sie wollen – zu schaffen.

Dieser gesellschaftliche Bedarf ist eigentlich der Ausgangspunkt dabei. Wir haben nicht ein Forschungsprojekt zu XY, und dann bringen wir es nach außen und wollen uns einmal vergewissern, dass die Gesellschaft unser Forschungsprojekt auch gut findet. Nein, wir fragen die Gesellschaft sogar: Was soll denn am CAIS geforscht werden? Was ist ein virulentes, dringliches Thema? So denken wir das an der Stelle. Deswegen der Perspektivwechsel an dieser Stelle.

Der Wissenschaftsrat – ich erlaube mir kurz die Richtigstellung für das Protokoll, ich beziehe mich auf das Jahr 2021, das ist nicht 25 Jahre alt – nennt das „Public Issues“. Also es gibt bestimmte Forschungsfelder, die gesellschaftlich relevant sind. „Pandemie“ war gerade ein Stichwort. Dafür hätte sich vor der Pandemie wahrscheinlich niemand interessiert, und auf einmal wird es virulent im wahrsten Sinne des Wortes.

Jetzt komme ich zum Hochschulgesetz, weil ich da noch keinen Vorschlag gehört habe. Ich versuche es, bin auch kein Jurist. Aber das finde ich ganz spannend, weil man da solche Felder definieren kann. Auch da wieder Wissenschaftsrat, Public Issues. Vielleicht sind das Forschungsfelder, die eher und näher dran sind an gesellschaftlichen Fragen, und vielleicht ist es da wichtiger, die gesellschaftliche Dimension von Wissenschaftskommunikation mitzudenken.

An anderer Stelle ist es vielleicht eher die Transferdimension, also Wissenstransfer, Technologietransfer. Damit hat keiner ein Problem, das aufzunehmen. Ich glaube, wenn Forschung in dieser Richtung gemacht wird, dann ist es eher andersherum vielleicht begründungspflichtig, warum das nicht in Kommunikationsmaßnahmen in die Gesellschaft getragen wird. Dann verpufft ein Teil der Forschung. Damit meine ich nicht, dass alles kommuniziert werden muss und jede und jeder Forschende kommunizieren muss. Einmal gibt es Vorbilder. Frau Voigt hat es genannt und das CHE Ranking ist in der Stellungnahme. In Bayern, in Schleswig-Holstein und in anderen Ländern steht es im Hochschulgesetz. Da könnte man reinschauen, und die Chance wäre, NRW könnte vorn mit dabei sein. Vielleicht einmal so herum gedacht. Das zum Hochschulgesetz.

Ich nehme noch einen Punkt von Ihnen auf, Herr Archut, weil ich es so spannend fand. „Die Lebenszeit der Forschenden ist die kostbarste Ressource“. – Ja, total, das glaube ich auch. Da wäre die Frage: Stärkt man das vielleicht mit professionalisierten Strukturen in einer größeren Forschungsorganisation? Es kann sein, dass man vielleicht Pool-Kräfte installiert – ich arbeite nicht an einer Uni, das ist also ein bisschen frei gesprochen –, die bei einer Forschungsförderungszusage in das Projekt gehen, ausgeliehen werden, aber professionalisiert sind. Das ist nicht die Doktorandin, die sich in dem Projekt mit WissKomm befassen muss, Lebenszeit/Forschungszeit verschwendet, sondern da steht jemand dabei, vielleicht sogar auch im Antragsprozess.

Eine Unterscheidung ist beim Hochschulgesetz noch wichtig. Im CHE Ranking wird auch unterschieden: Ist es Aufgabe der Hochschule oder der einzelnen Forscher*innen? Auch an der Stelle sehe ich einen kleinen Ansatzpunkt, wenn man das machen möchte.

Ich möchte mit einem kleinen Hinweis enden. Der Antrag fußt auf der Bundestagsinitiative, und darin steht ein spezifischer Punkt, an dem die Länder adressiert sind. Darüber haben wir noch gar nicht gesprochen. Das geht in Richtung Austausch, Politik, Wissenschaft, vielleicht auch Wirtschaft/Zivilgesellschaft. Da werden Formate vorgeschlagen, um – ich nutze meine Worte – die jeweilige Funktionslogik der anderen Systeme besser zu kennen. Das meint nicht, einen themenspezifischen Austausch zur Digitalisierung oder Verhaltensforschung, sondern: Wie funktioniert denn Wissenschaft eigentlich? Wie funktioniert Politik eigentlich? Wie können wir uns aufeinander zubewegen, damit ihr das bekommt, was ihr braucht von uns und andersherum?

Warum sind die Pressemitteilungen denn so? Warum steht überall „Durchbruch“? Ist es das wirklich, was die Politik für eine evidenzbasierte gute Entscheidung benötigt? Oder braucht man vielleicht auch empirische Befunde, die gar nicht so gut vermarktbar sind in der Pressemitteilung? Aber vielleicht ist man dann wesentlich besser, genauer auch in einer politischen Entscheidung, weil sie eben evidenzbasiert daherkommt.

Prof. Dr. Oliver Ruf (Rhine Ruhr Center for Science Communication Research [RRC]): Ich möchte wie meine Vorredner noch etwas zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik sagen und darauf hinweisen: Diese Initiative des ehemaligen BMBF mit der #FactoryWisskomm und anderen Initiativen hat unter anderem dazu geführt, dass sehr viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch vielleicht zum ersten Mal mit der Politik in Kontakt gekommen sind und entsprechend auch die Wissenschaftspraxis in diesen Prozess einbezogen war. Da ist etwas ausgelöst worden, das geht ein bisschen auf die Frage nach Zentralisierung/Dezentralisierung.

Was gibt es für Möglichkeiten und Räume, sich einander zu begegnen und vielleicht auch ein Verständnis füreinander zu entwickeln? Ich glaube, auf der anderen Seite ist es enorm wichtig, dass auch die Wissenschaftspolitik selbst noch einmal auf anderen Wegen mit der Wissenschaft in Berührung kommt. Das ist ein bisschen das, was der Vorredner angedeutet hat. Ich finde es sehr erfreulich, dass auch in dem Antrag darauf abgezielt wird, Weiterbildung auch für Wissenschaftspolitik anzuvisieren.

Sie haben vielleicht schon bemerkt. Die Sachverständigen nach dem rheinischen Prinzip „Man kennt sich, man schätzt sich!“. Wir kennen uns natürlich auch deswegen, weil wir über die Bundespolitik und durch die Institutionen, die miteinander zusammenarbeiten, miteinander in Kontakt gekommen sind. Auch mit der Wissenschaft ist es manchmal ein bisschen wie mit der Schule. Wir waren alle in der Schule, wir haben Kinder, die in der Schule sind. So erlaubt man sich auch ein Urteil und eine Meinung zur Schule zu haben.

Die Anwesenden hier haben sicherlich auch alle mutmaßlich studiert und haben vielleicht eine Leidenschaft für Wissenschaft. Sonst wären sie nicht in diesem Ausschuss. Aber natürlich kommt man auch aus der Disziplin, die man studiert und von der man bestimmte Kriterien erlernt hat. Vielleicht hat man da nicht so sehr das Verständnis für andere Disziplinen, die eventuell ganz weit weg sind von einem.

Ich glaube, deswegen ist es ein sehr neuralgischer Punkt, darüber nachzudenken: Was sind Weiterbildungsangebote auch für Wissenschaftspolitik? Wie können sich Wissenschaftspolitikerinnen und Politiker weiterbilden im Hinblick auf wissenschaftliche Systeme? Eine Antwort wäre darauf einerseits, Wissenschafts- und Medienkompetenz noch einmal zu vertiefen. Andererseits wäre vielleicht die Frage: Wie kann ich denn ein Formatverständnis eigentlich überhaupt aufbauen?

Wir sagen immer, welche Formate es gibt. Man kann es auch herunterbrechen auf bestimmte Praktiken und Techniken, die diesen Formaten zugrundeliegen. Es ist aber sehr wichtig, als Medienwissenschaftler auch zu verstehen, was diese Formate eigentlich bewirken können. Das wäre vielleicht auch eine Antwort auf die Frage: Wie kann man Wissenschaftskommunikation in gewisse Art und Weise schützen? Natürlich ist

es so, dass nicht jede Wissenschaftlerin, jeder Wissenschaftler Wissenschaftskommunikation betreiben sollte, vielleicht weil auch die eigene Wissenschaft zu komplex ist, um das zu tun. Auf der anderen Seite gibt es Kolleginnen und Kollegen, die sich vielleicht davor fürchten, auf diese Bühne zu gehen.

Als Medienwissenschaftler würde ich sagen: Deshalb brauchen wir starke Formate, die nicht auf Persönlichkeiten abziehen, sondern versuchen, Wissenschaft thematisch zu vermitteln, um auf diese Weise dann auch Kontaktzonen auszubilden. Ich glaube auch, wenn man sich mit Wissenschaftspolitik auseinandersetzt, sollte man diese Kontaktzonen kennen. Das wäre gleichzeitig die Antwort darauf: Wie können wir den ländlichen Raum erreichen? Ich glaube, das geht genau über Formate, die in diese Räume hineinpassen und in denen dann auch Kontaktzonen zu Bürgerinnen und Bürger neu geschaffen werden können mit dem Fokus auf Wissenschaftlichkeit.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank Ihnen allen für diese zweite Antwortrunde. Ich möchte mich, nachdem wir keine dritte Fragerunde anschließen, ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken. Wir haben in unseren Anhörungen häufig den Fall: „Welch Herz ist voll, dessen Mund läuft über“. Sie sind offensichtlich kommunikationsgeschult und -gestärkt. Das hat man gemerkt. Vielen Dank für die Disziplin, die uns erlaubt hat, in kurzer Zeit ganz viel anzusprechen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Sachverständige! Das Protokoll der Anhörung wird demnächst im Internet des Landtags abrufbar sein. Mit Vorlage des Protokolls wird sich der Ausschuss weiter mit dem Antrag beschäftigen. Ich wünsche den Sachverständigen und den Zuschauern einen guten Heimweg. Den Ausschuss berufe ich für 15:30 Uhr hier in den gleichen Raum wieder ein. Die Sitzung ist geschlossen. – Vielen Dank.

gez. Dr. Hartmut Beucker
Vorsitzender

Anlage
30.05.2025/30.05.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Wissenschaftsausschusses

Bundestagsinitiative unterstützen, eigene Impulse setzen: NRW kann Wissenschaftskommunikation auf Landesebene mitgestalten
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/12018

am Mittwoch, dem 7. Mai 2025
13.30 bis (max.) 15.30 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Johannes Wessels Vorsitzender Landesrektorenkonferenz der Universitäten NRW Düsseldorf	**Prof. Dr. Wessels**	**18/2528**
Professor Dr. Thomas Grosse Sprecher Landesrektorenkonferenz der Kunst- & Musikhochschulen NRW c/o Hochschule für Musik Detmold Detmold	**keine Teilnahme**	**18/2518**
Professor Dr. Bernd Kriegesmann Vorsitzender Landesrektor_innenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften NRW c/o Westfälische Hochschule Münster	**keine Teilnahme**	**18/2471**
Professor Holger Wormer Sprecher des RRC Rhine Ruhr Center for Science Communication Research (RRC) Dortmund	**Prof. Wormer** **Prof. Dr. Ruf**	**18/2522**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellung-nahme
Dr. Matthias Begenat Leiter der Wissenschaftskommunika-tion Center for Advanced Internet Studies (CAIS) Bochum	**Dr. Matthias Begenat**	**18/2538**
Dr. Charmaine Voigt Mitarbeiterin bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e.V. Köln	**Dr. Charmaine Voigt**	**18/2533**
Professor Dr. Andreas Archut Sprecher Bundesverband für Hochschulkom-munikation, Landesverband Nord-rhein-Westfalen Sankt Augustin	**Prof. Dr. Andreas Archut**	**18/2516**
Professorin Dr. Katja Becker Präsidentin Deutsche Forschungsgemeinschaft Bonn	**keine Teilnahme**	**---**
Dr. Philipp Niemann Geschäftsführer Nationales Institut für Wissenschafts-kommunikation gGmbH Karlsruher Institut für Technologie (KIT) NaWik gGmbH Karlsruhe	**Dr. Philipp Niemann**	**18/2524**
Jörg Weiss Geschäftsführer con gressa GmbH Berlin	**Jörg Weiss**	**18/2532**

<u>Weitere Stellungnahme:</u>

jwd
Berlin **18/2531**